

## Was wird auf das Ruhegehalt angerechnet ?

---

Die Höhe des Ruhegehalts richtet sich nach der Höhe der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge und der individuell erreichten ruhegehaltfähigen Dienstzeit.

Ruhegehaltfähig sind grundsätzlich die Dienstbezüge, die dem Beamten oder der Beamtin zuletzt zugestanden haben (§ 5 Abs. 1 Satz 1 BeamtVG) sowie ggf. der jeweilige Familienzuschlag. Hierbei gilt auch für kommunale Wahlbeamte auf Zeit grundsätzlich eine Dreijahresfrist (§ 5 Abs. 3 Satz 1 BeamtVG), während der sie die Dienstbezüge dieses oder mindestens eines gleichwertigen Amtes erhalten haben müssen.

Bei der Berechnung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit (nicht der 5-jährigen Dienstzeit nach § 4 Abs. 1 BeamtVG) sind zunächst die im vorherigen Abschnitt genannten Dienstzeiten kraft Gesetzes als ruhegehaltfähige Dienstzeiten anzurechnen (§§ 6, 8, 9, 10 BeamtVG). Außerdem können im Ermessenswege Vordienstzeiten nach § 11 BeamtVG berücksichtigt werden, wenn ein innerer Zusammenhang mit dem Wahlamt gesehen wird. Dies gilt z.B. für Beschäftigungszeiten bei den kommunalen Spitzenverbänden oder für die Zeit einer Tätigkeit als Rechtsanwältin oder Rechtsanwalt. Im letzteren Fall kann diese Zeit allerdings höchstens bis zur Hälfte und in der Regel nicht über zehn Jahre hinaus berücksichtigt werden.

Die für Wahlbeamte auf Zeit geltende Sonderregelung des § 66 Abs. 9 BeamtVG ermöglicht es außerdem, Zeiten des Erwerbs förderlicher Fachkenntnisse bis zu einer Gesamtzeit von vier Jahren als ruhegehaltfähig zu berücksichtigen. Innerhalb dieses Höchstzeitraumes kann die Zeit einer Fachhochschul- oder Hochschulausbildung bis zu drei Jahren berücksichtigt werden. Durch diese Regelung soll es insbesondere Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern über 45 Jahren, die nicht aus einem vormaligen Beamtenverhältnis kommen, ermöglicht werden, die erforderliche 8-jährige ruhegehaltfähige Dienstzeit zu erreichen, um nach einer Amtszeit von 5 Jahren mit einem Versorgungsanspruch in den Ruhestand zu treten.

Soweit die Anerkennung ruhegehaltfähiger Dienstzeiten im Ermessenswege möglich ist, liegt die Zuständigkeit für die Entscheidung beim Rat der Gemeinde, der die Funktion der obersten Dienstbehörde hat (§ 96 Abs. 4 LBG i.V.m. § 3 Abs. 1 Nr. 2 LBG).

- [Höhe des Ruhegehaltes](#)

[Übersicht "Hauptamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister"](#)